

# Der Gesellschafter.

## Amts- und Anzeiger-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

98. Jahrgang.

Freitag, den 31. Januar

1919.

Rechtlich gültig  
mit Ausnahme der  
Sonntags- und Feiertage.  
Preis vierteljährlich  
vier mit Frachtkosten  
RM. 2.10, im Reichs-  
und 10-Km-Bereich  
RM. 2.10, im übrigen  
Württemberg RM. 2.20  
Konstanz-Abonnement  
nach Verhältnis.

Kingigen-Gebäude  
für die einspalt. Zeile auf  
gewöhnl. Schrift ober  
beim Raum bei einem  
Einrückung 15 Wo-  
bei mehrmaliger  
wiederholend Rabatt.  
—  
Verlagsdruckerei  
Verlagsbuchhandlung  
5118 Stuttgart

25

### Anerkennung der prov. Regierung durch die württ. Landesversammlung.

Stuttgart, 29. Januar. Präsident Kell eröffnet die Sitzung um 1/4 Uhr. Am Regierungstisch die Minister Lindemann, Kiene, Bormann, Hymann und Herrmann. Zunächst werden die noch ausstehenden 5 Mandate vom Haus für vorläufig legitimiert erklärt. Dann wird der Rechenschaftsbericht des Ständischen Ausschusses, der aufgeschlüsselt hat, zu bestehen, zur Kenntnis genommen. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Staatsschuldenerwaltung erhebt sich eine kurze Debatte über die Frage der Schuldenerwaltung an die drei Präsidenten der Landesversammlung. Das Gesetz, das mit dem Tag der Verkündung in Kraft tritt, wird nach der Fassung der Regierungsvorlage einstimmig angenommen. Hierauf wird die Adressdebatte fortgesetzt. Abgeordneter Gröber (3.) erklärt namens seiner Freunde: Die geistliche Erklärung des Ministers Lindemann über das Arbeitsprogramm der Regierung hat die Wünsche erfüllt, die bei der Stellung unseres Antrags leitend waren. Wir sind in der Lage, unseren Antrag (Wahlung des Regierungsprogramms in einem besonderen Ausschuss) zurückzugeben. Klara Zerkin (U. S. P.) führt aus: Die Stellungnahme meiner Fraktion unterscheidet sich wesentlich von dem Verhalten der anderen Parteien in diesem Hause zu der Regierung. Das Zentrum kann sich an das Wort erlauben: „In den Armen liegen sich beide und weinen vor Schmerz und Freude.“ — wobei der Schmerz auf Seite der Regierung, die Freude auf Seiten Gröbers und seiner Freunde zu suchen ist. Die Regierung betreibt eine bürgerliche Politik, die verdrängt und ausgeschmückt ist mit sozialistischen Redewendungen. Wir aber verlangen eine großzügige sozialistische Realpolitik. Wir legen unsere Hoffnung auf einen guten Frieden nicht auf Wilson und seine 14 Programmpunkte, die zum Ausgangspunkt neuen blutigen Kämpfes zwischen den Völkern werden; wir legen unsere Hoffnung auf die erwachenden Völker der Arbeit in den Entente-Ländern. (Sämtliche Mitglieder der Bürgerpartei und des Bauernbundes haben im Laufe der Ausführungen den Saal verlassen.) Die Grundzüge und die Gesetze der Demokratie sind durch die Verhaftung unserer Freunde verletzt worden. Die Verhafteten sind am Sonntag in einen Hungerstreik eingetreten, um zu erlangen, daß sie gerichtlich benommen werden. Die Arbeiter bauen die Straße; daher haben sie auch ein Recht auf die Straße (große Heiterkeit). Zuerst aus der Sozialdemokratie; aber ohne Handarabaten!) Erst dann, wenn das Volksteigertum eine Schädigung des Wirtschaftens bedeutet, soll es aufgehoben werden. In dem Verfassungsentwurf vertritt die Regierung den modernen Staatskapitalismus. Die ganze Regierungspolitik ist darauf eingestellt, den Einfluß der Arbeiter- und Soldatenräte immer mehr einzuschränken. Wir sind der Überzeugung, daß die Soldatenräte noch lange nicht poliniert sind. Die Regierung hat es abgesehen sich auf die Macht der Arbeiter zu stützen; deshalb haben wir jetzt die Diktatur der Bourgeoisie. Die Abgeordneten Hausmann (D. v. P.) Gröber (3.) und Fischer (5.) beantragen die provisorische Regierung, die ihre Kommittee zur Verfügung gestellt hat, zu beauftragen, die Geschäfte fortzuführen. Justizminister Kiene erklärt: Bei den Verhandlungen der Sparatalkante handelt es sich um solche im Sinne der Reichsstrafprozedur, vielmehr um eine vorübergehende Festnahme, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit gegen Gewaltakte zu schützen. Daß die Verhaftung notwendig war, zeigen uns Flugblätter, worin es u. a. heißt: „Dreizehntausend Blut fließen, daß die Königsstraße überläuft. Berlin muß ein Kinderpiel gegen Stuttgart bleiben.“ Aus den beschlagnahmten Korrespondenzen der Verhafteten wurde ein ungemein belästigendes Aktenmaterial zu Tage gefördert, das uns mit einem blutigen Bürgerkrieg von auswärts bedrohte. Einer der Verhafteten erklärte: Wenn uns die Sache gegünstig wäre, hätten wir die anderen nicht nur verhaftet, sondern auch gleich abgeurteilt.“ Es ist zur Zeit ein gerichtliches Verfahren anhängig, in das auch der Minister nicht eingreifen darf. Das Urteil über diese Vorgänge überlasse ich dem Hause. Kultminister Hymann weist auf den von ihm herausgegebenen Erlass hin, worin er die Absicht ausgesprochen während des Provisoriums keine Änderung auf dem Gebiete der Kirche und Schule einzuführen. Ich handle nach dem Grundsatz: ein Mann ein Wort! Es war mir klar, daß auf diesem Gebiete nichts geschehen darf, was sich nicht auf den Willen der Volksmehrheit stützt.

Beim Lesen der Rede des Abgeordneten Gröber hatte ich den Eindruck, als ob Gröber nicht mit der Klinge, sondern mit dem Holzstiel hantieren würde. Die Wünsche, auf dem Gebiete der Schule im fortschrittlichen Sinn vorzugehen kommen übrigens nicht nur aus Reihen, die mir, sondern auch Herrn Gröber nahesteher. Wie alle Dinge, so sind auch die Verhältnisse zwischen Staat, Kirche u. Schule im Fluß. Ich bin der Überzeugung, daß das Volk Religion braucht, aber Zwang ist mit den Erfahrungen der Pädagogik absolut nicht vereinbar. Ich erlaube mich mit den gestrigen Ausführungen der Regierung völlig einverstanden. (Zuruf Gröber: Und Ihre Stuttgarter Rede? Da hat er geschwiegen!). Abgeordneter Pfleger (5.) meint, es wäre ein begriffswürdiger Zustand, wenn alle Macht, auch in den anderen Ländern, in den Händen der Arbeiter liege. Aber der von Spartakus vorgeschlagene Weg ist der der völligen Zerstörung allen wirtschaftlichen Lebens, welchen Weg wir nicht mitgehen. Hätte der deutsche Imperialismus gesiegt, dann wäre der Sieg der Revolution in Deutschland unmöglich gewesen. Die Kriegsgesellschaften sind meist in den Händen von Interessenten gewesen. Die Bürgerpartei ist nichts anderes als die Vaterlandspartei, die an ihrer eigenen Schwäche zu Grunde gegangen ist. Das Zentrum hat vielfach kirchliche Politik getrieben (Zuruf Gröber: Und Sie haben die Kriegskredite doch bewilligt!). Man sollte im Hause froh sein, daß die Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, die sich selbst nur als provisorische Einrichtung betrachten. Kultminister Hymann bemerkt: Beratungen von Kaiserkränzen dürfen nicht stattfinden, weil sie in den heiligen Tagen Verrückung erwecken können. Ich habe im Stuttgarter Brennhaus die Überzeugung ausgesprochen, daß der konfessionelle Religionsunterricht nicht als Pflichtfach in der Schule weitergeführt werden darf, und daß es erlaubt ist, daß der Religionsunterricht Moralunterricht zu sein. Abgeordneter Körner (Dauerndb.) trat den Behauptungen über die Kriegskredite entgegen. Wenn man uns alle Gründe, die zu der Niederlage des Reiches geführt haben, in die Schuhe schieben will, so weisen wir dies als eine ungerechte Beschimpfung mit aller Entschiedenheit zurück. Unter der Revolution, nicht aber unter Kaiser Wilhelms Regierung ist auf Vater und Mutter geschossen worden. Man hat uns den Glauben an den Sieg des deutschen Volkes zum Vorwurf gemacht; wir schämen uns aber nicht des Glaubens an unser Volk. Wir meinen, die Zeit der Illusionen sollte endgültig vorüber sein. Für die überaus schwierige Lage unserer Industrie und unseres Gemeinwesens haben wir volles Verständnis. Der Zentralstelle für die Landwirtschaft, deren Gutachten die frühere Regierung bedauerlicherweise vielfach ablehnen abgelehnt hat, schulden wir vollen Dank. Die neue Regierung möge ihr gegenüber eine freundlichere Haltung zeigen. Gegen die Befestigung der Fideikommissionen haben wir nichts einzumenden; nur möchten wir wünschen, daß auch die Erb- und nicht landwirtschaftlichen Fideikommissionen eingezogen würden. Die Sommerzeit dieses Jahres nicht eingeführt werden. Ob wir in den nächsten Jahren noch großartige Schiffahrtwege brauchen können, das erscheint uns angesichts des Friedens, der uns auferlegt wird, etwas fraglich zu sein. Der Lehrmeister Krieg hat uns gezeigt, daß die von Verantwortung getragene Polizeiverwaltung weit besser ist als die Verantwortung durch den Staat. Wir halten die christlichen Grundlagen der Schule fest; der Lehrer hat nicht nur die Verfassungen, sondern auch die Herzensbildung zu übernehmen. Bei der Erziehung unserer Jugend in der Schule haben die Eltern das erste Wort zu sprechen. Wir hätten gewünscht, daß bei der Befestigung des Kultministeriums auf die Gefühle der christlichen Bevölkerung mehr Rücksicht genommen wird. Der Ernährungsminister Bormann wiederholt, daß im gegenwärtigen Augenblick die Zwangswirtschaft für unsere Ernährung nicht gelockert werden kann, wenn wir nicht die Ernährung aufs äußerste gefährden. Abg. Gröber (3.) betont: Wenn der Kultminister sagt, er habe das nicht gesagt, dann akzeptiere ich das. Es aber der Kultminister im Brennhaus und in Crailsheim ausgeführt hat, zeigt nicht von durchsichtiger Klarheit in prinzipiellen Fragen. Nach einer kurzen Bemerkung des Kultministers gab der Abgeordnete Bagille (5.) im Namen seiner Freunde folgende Erklärung ab: Wir sind von der Willensänderung der Regierung durchaus befriedigt, aber die Lage ist noch nicht so geklärt, daß wir über die Wege der Regierung genügend Sicherheit haben. Wir sind nicht geklärt über die Ausführungen des Kultministers betreffend Kirche und Schule. Wir haben keine befriedigende Erklärung der Regierung über ihre Stellung zur allgemeinen Wehrpflicht. Wir allein waren bei sämtlichen Besprechungen der Regierung mit den Parteien nicht zugegen. (Hört!) Die aus-

zufüllende Rolle der Oppositionspartei aber werden wir nicht so auffassen, wie es bisher üblich war. Wir werden der Regierung keine Schwierigkeiten machen, sie im Gegenteil unterstützen. Der stellvertretende Ministerpräsident Lindemann gab im Auftrag der Regierung die Erklärung ab, daß die Mitglieder der Regierung ihre Mandate der Landesversammlung zur Verfügung stellen. Hierauf wurde der Antrag Gröber-Hausmann über die Vertrauensänderung an die Regierung mit 102 gegen 24 Stimmen angenommen; dagegen haben abgestimmt die Bürgerpartei, der Bauernbund und die Unabhängigen. Noch in später Abendstunde wurde das Gesetz über die Präsenztage der Abgeordneten in Beratung genommen, wobei das Zentrum durch den Abgeordneten Graf Jaenen prinzipiell ablehnenden Standpunkt in der Gewährung von monatlich 1000 M an den Präsidenten zum Ausdruck brachte. Ferner soll der Antrag in die Anwesenheitsliste die Feststellung der Anwesenden durch das Sitzungsprotokoll gleichziehen. Das Gesetz fand sodann nach der Fassung der Ausschussberatungen einstimmige Annahme. Schluß der Sitzung 1/10 Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr mit der Tagesordnung: Gesetz über das Gemeindevahlrecht.

### Der Gesetzentwurf über die vorläufige Reichsgewalt.

Berlin, 29. Jan. WTB. Um den Indiskretionen, die auf unkontrollierbarem Wege während der letzten Tage in die Presse gelangt sind, ein Ende zu machen, veröffentlicht die Reichsregierung heute den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Dieser Entwurf ist aus den Beratungen der bundesstaatlichen Kommission hervorgegangen und hat in einer sehr langen Beratung des Kabinetts am Dienstag einige Änderungen erfahren. Der Zentralrat, der ebenso wie die Reichsregierung erhebliche Bedenken hat, wird ihn heute nochmals beraten und wird dann endgültig zu ihm Stellung nehmen. Am Donnerstag soll er den bundesstaatlichen Vertretern wegen der vorgenommenen Änderungen noch einmal vorgelegt werden. Der Entwurf lautet:  
§ 1. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung, sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.  
§ 2. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf unbeschadet des Art. 4 der Zustimmung des Staatsauschusses. In dem Staatsauschuss hat jeder deutsche Freistaat mindestens eine Stimme. Auf die großen Freistaaten entfallen grundsätzlich auf eine Million Landeseinwohner eine Stimme, wobei ein Uebermaß, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaats gleichkommt, einer Million gleichgerechnet wird. Demgemäß sind im Staatsauschuss vertreten: Preußen mit 19, Bayern mit 7, Sachsen mit 6, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen mit 2 Stimmen und die übrigen Bundesstaaten mit je einer Stimme. Dem Vorschlag im Staatsauschuss führt ein Mitglied der Reichsregierung.  
Wenn Deutsch-Österreich sich dem deutschen Reich anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme im Staatsauschuss mit einer durch Reichsgesetz festzulegenden Stimmenzahl; bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.  
Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatsauschuss nicht zu Stande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlussfassung vorlegen.  
§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatsauschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen und dort jederzeit das Wort zu ergreifen, damit sie die Ansichten ihrer Regierungen vertreten können.  
§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Es kann jedoch der Befehl der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden.  
Im übrigen kommen Reichsgesetze durch Uebereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatsauschuss zustande. In eine solche Uebereinstimmung nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeizuführen.  
§ 5. Auf die Nationalversammlung finden die Art. 21 bis 23, und 26 bis 32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung.  
§ 6. Die Geschäfte des Reiches werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das

en  
1919  
ze.  
und Be-  
Gottfr.  
gerin und  
Graß  
Herg-  
wachsen  
ber.  
Uhr.  
1919.  
Teilnahme  
unserer  
Vergewalt  
aner  
hier und  
ar, für die  
schen Worte  
eben  
Nagold.  
nachmittags  
Nagold  
ng  
hliches Erschei-  
dienst entlassene  
ndschuß.  
uf von  
en.  
Bohn- vber  
ler Art ver-  
ende sich an  
Herter,





Reich völkerrichtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu entsenden und zu empfangen. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsbescheid. Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbündnis mit dem Ziele des Ausschließens aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbündnis beteiligten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatsauschusses. Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß § 1 bis 4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen.

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Das Amt dauert bis zum Amtsantritt der neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der neuen Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die oberste Hierarchie unterstellt sind, ein. Die Reichsminister bedürfen für ihre Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

§ 9. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister. Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

### Tageduenigkeiten.

#### Reichsregierung und A- und S-Räte.

Berlin, 30. Jan. In einer der letzten Sitzungen des Volksgenrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte war ein Antrag Weiß angenommen worden, der die Reichsregierung aufforderte, sich vor einer Versammlung der gesamten A- und S-Räte Groß-Berlins, sowie der kommunalen A- und S-Räte während der Vorgänge in der Krampallwoche zu rechtfertigen. Die Reichsregierung hat es abgelehnt, dieser Aufforderung Folge zu geben. Sie sandte an den Volksgenrat der Berliner A- und S-Räte das nachstehende Schreiben:

Berlin, 29. Jan. 1919.

An den Volksgenrat der Berliner A- und S-Räte.

Auf Ihr Schreiben vom 23. Januar teilen wir Ihnen mit, daß wir der Einladung zu der am 31. Januar stattfindenden Versammlung der gesamten A- und S-Räte Groß-Berlins, sowie der in dem Zwischverbund Groß-Berlins angeschlossenen Kommunen gewählten Arbeiterräte zu unserem Behalten nicht folgen können.

Nach dem Beschlusse des Rätekongresses sind wir für unsere Tätigkeit den deutschen A- und S-Räten nicht verantwortlich. Der hat vielmehr die Kontrolle unserer Tätigkeit dem Zentralrat übertragen, in dessen Einvernehmen in Berlin gehandelt haben. Schon deshalb können wir einer Aufforderung seitlicher A- und S-Räte zu mündlicher Rechtfertigung über unsere Tätigkeit nicht entsprechen. Ein solches Verlangen wäre auch praktisch undurchführbar, denn mit dem gleichen Recht wie Berlin könnten auch andere Orte uns zu mündlicher Rechtfertigung auffordern. Dazu kommt, daß wir in den folgenden Tagen mit unauflöslichen Vorbereitungen für die Nationalversammlung voll in Anspruch genommen sind.

Wir sind deshalb gezwungen, uns zu der aufgeworfenen Frage schriftlich wie folgt zu erklären: Vorweg ist zu dem Antrag Weiß zu bemerken, daß eine Militarisierung, was wohl heißen soll eine dauernde militärische Besetzung, Berlins nie beabsichtigt war und daß eine solche auch nicht besteht. Die Heranziehung von Truppen ist von der Reichsregierung und dem Zentralrat angeordnet worden, damit die größte öffentliche Sicherheit in Berlin wiederhergestellt werde. Das lag nicht nur im Interesse der Berliner Bevölkerung, sondern war auch durch die Reichsinteressen unbedingt geboten. Daher sind auch die Kosten für die militärischen Maßnahmen auf die Reichskasse übernommen worden. Die Verpflegung der Truppen erfolgt wie es bei allen mobilen Formationen üblich ist. Nachdem die Wirren in Berlin beendet sind und insofern öffentliche Sicherheit wieder eingetreten ist, wurden auch die Truppen zum weitest aus großen Teil von Berlin zurückgezogen.

Die Reichsregierung: Oberl. Schindemann.

#### Die Spartakusunruhen in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 29. Jan. Wie über die Spartakusunruhen noch ergänzend gemeldet wird, besetzten die Kommunisten am Montag die öffentlichen Geschäfte. In der Reichsbank erpreßten sie unter Gewaltdrohung zuerst 40000 Mark und dann nachhermal eine Million Mark und brachten das geraubte Geld nach dem Hauptquartier der Spartakisten, in die 1000 Mann-Kaserne. Ein Automobil, welches betriebsbereit abends 7 Uhr das Gelände wieder abholen sollte, wurde beschossen, worauf eine regelrechte Beschießung der Kaserne mit Maschinengewehren und kleinen Schiffsartillerie begann. Um 10 Uhr abends wurde das Geld bis auf einen Teil, der bereits unter die Spartakisten verteilt worden war, herausgegeben. Um 2 Uhr nachts erfolgte sodann die bedingungslose Übergabe der Spartakisten. 500 Mann wurden in Haft genommen. Im ganzen wurden 7 Personen getötet, darunter 2 Spartakisten und 2 Berufssoldaten, und etwa 30 Personen verwundet. Außerdem wurde ein postenstehender Arbeiter von Berufssoldaten erschossen, was eine Spannung zwischen diesen und den Wehrarbeitern hervorrief. Am 29. Jan. früh haben die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamten ihre Arbeit wieder aufgenommen. Es freilich noch die

militärischen Beamten in Küstingen und Wilhelmshaven. Sie fordern die Errichtung einer Bürgerwehr.

### Zwischenfälle.

Berlin, 30. Jan. WTB. Wie der Berl. Lok.-Anz. berichtet, sollte gestern vormittag eine Abteilung des Freikorps Hülsen zum Grenzschutz nach Oberschlesien verladen werden, als sie plötzlich von einer starken Abteilung ansehend wilder Soldaten an der Abfahrt verhindert wurde. Als die Freiwilligen den aufreizenden Reden kein Gehör schenkten, zogen die Führer Revolver und schossen auf die Truppen. Hierbei wurde ein Unteroffizier und ein Mann getötet. Der Bahnhof wurde gesprengt und telephonisch eine Abteilung vom Kan.-Jägerkorps herbeigerufen.

#### Ein Geschenkwurf über Landfriedelung?

Berlin, Laut Mitteilung des Direktors der Landwirtschaftskammer in Halle: eint die Veröffentlichung eines Geschenkwurfs über Landfriedelung bevor, wonach der große Grundbesitz 10%, seiner Fälligkeit abtreten müßte. Ferner würden die Güter eingezogen, die von Kriegseemännern gekauft seien, ebenso die, die in den letzten 20 Jahren den Besitz mehrfach gewechselt hätten, ferner die schlechtmittelständigen, schließlich die aus Bauerngütern zusammengekauften.

#### Die trostlose Lage des deutschen Kallgewerbes.

Berlin, 29. Jan. WTB. In der heutigen Gesellschaftsversammlung des Kallhandwerks berichtete der Vorsitzende über die trostlose Lage des deutschen Kallgewerbes. Während man im Oktober trotz Arbeiter- und Kohlenmangels noch hoffen konnte, daß der Absatz des Jahres 1918 den des Vorjahres nicht unweitlich übersteige und 12 Millionen Doppelzentner reines Kall erreichen würde, brachten die Novemberergebnisse eine plötzliche Abschwächung, die im Dezember zu einer fast vollständigen Stilllegung der 8 ständigen Arbeitskräfte über Tage, weit über die im Juli vorigen Jahres durch Gesetz festgesetzte Lohnaufbesserung von täglich 3 M für Vollarbeiter hinaus gehen, wurden von den Arbeitern vielfach nicht gehalten und auf verschobenen Wegen ist es bereits zu Ermittlungen gekommen. Diese Werke stehen vor der Frage, ihren Betrieb entweder gänzlich einzustellen, oder bei Erfüllung der Arbeiterforderungen dem finanziellen Ruin entgegen zu treten. So kommt es, daß die Kallindustrie weder gerüstet ist für die gerade in der gegenwärtigen Zeit besonders wichtige Ausfuhr, noch für die Lieferung von Düngemitteln an die heimische Landwirtschaft, die nach wie vor das Rückgrat der deutschen Ernährung ist und bleiben wird. Die Verklüftung der Arbeiterschaft, der starke Rückgang der Tageslöhne der Arbeiter und die gewaltige Verschwendung aller Betriebsmittel der Kallindustrie, besonders der Kohlen, die nicht zu reden von ihrer schlechten Beschaffenheit, seit Beginn dieses Jahres abermals bis zu 50% im Preise gestiegen sind, haben die Produktionskosten so enorm gesteigert, daß bis im Juli 1918 durch den Rückgang festgesetzten Preise diese Kosten bei weitem nicht mehr deckten, vielmehr stark verlustbringend sind und in Kürze die Werke zum Stilllegen bringen müssen. So ist infolge der Unmöglichkeit, Kallfolge zu fördern und in den Fabriken zu verarbeiten, sowie durch den demnächst zu erwartenden Schwund der Aufrechterhaltung der Betriebe, abgesehen von der ohnehin fast ausfallenden Frühjahrserzeugung der Arbeiter, auch die Herabsetzung mit Kall aufs Schwerste gefährdet. Die rückständigen Aufträge der deutschen Landwirtschaft, deren Rügen über die ausbleibenden Waren aus allen deutschen Gauen täglich in großer Zahl einlaufen, sind auf 140000 Wogen gestiegen und vermehren sich von Tag zu Tag, ein Beweis, wie schwer der Kallmangel überall empfunden wird. Die Folgen werden sich besonders bei der diesjährigen Kartoffelernte bemerkbar machen. Die Gesellschaftsversammlung nahm einstimmig folgende Entschlüsse an: Die Weissenhof-Kommission hat, wie verlautet, in Trier Verhandlungen über deutsche Kalllieferungen nach Amerika gepflogen, ohne daß berufene Vertreter des Kallhandwerks hinzugezogen worden sind, die, zumal bei der gegenwärtig beschränkten Leistungsfähigkeit der Kallindustrie, über alle Einzelheiten die erforderlichen Informationen geben könnten. Die deutsche Kallindustrie legt höchste Verwahrung dagegen ein, daß solche Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden, ohne daß ihre Vertreter hinzugezogen werden.

#### Die Wahlen in Hessen.

Darmstadt, 29. Jan. WTB. Das vollständige Ergebnis der Wahlen zur hessischen Landesversammlung ist folgendes: Sozialdemokr. Partei 31, Unabhängige Sozialdemokraten 1, Deutsch-Demokratische Partei 13, Zentrum 13, Deutsche Volkspartei 7, Hessische Volkspartei 5 Stimm.

#### Die Kohlennot steigt.

Berlin. Wie der „Vorwärts“ heroverhebt, hat der eingetretene Frost leider den Kohlentransport in Oberschlesien erheblich gestört. Die Kohlennot erscheint dadurch vergrößert.

### Portugal.

Nach den zuletzt eingetroffenen Reute-Meldungen, die B. S. verbreitet, dürfte der monarchistische Aufstand in Portugal als gescheitert zu betrachten sein. Die Bewegung der Monarchisten über Lissabon durch den offenbar nur geringen Teil der Garnison, der sich den Royalisten angeschlossen hatte, war nur ein Zwischenfall von kurzer Dauer. Es hat sich damit ein Vorgang aus der Revolution vom Oktober 1910 wiederholt, bei der gleichfalls monarchistische Truppen, die auf der Anhöhe Stellung genommen hatten, ohne Erfolg verjagt wurden. Inzwischen ist die bishetige Lissaboner Regierung, die das Vertrauen der Republikaner nur in beschränktem Maße genöß, im Interesse der Einheitlichkeit der republikanischen Gegenwehr zurückgetreten. Mit der Bildung eines neuen Kabinetts wurde José Relvas betraut. Dieser, einst Finanzminister bei aus der Revolution hervorgegangenen provisorischen Regierung war später einige Zeit Gesandter in Madrid und hat sich im übrigen von den Parteihäuptern, unter denen das Land so sehr zu leiden hatte, stets ferngehalten. Er ist daher von den an der Gründung der Republik beteiligten Politikern vielleicht der einzige, der heute noch allgemeines Vertrauen genießt. Die nach einer amtlichen Mitteilung bestehende Absicht, Regierungstruppen zusammenzurufen, um den Aufstand womöglich ohne Blutsvergießen vollends zu unterdrücken hat unter diesem Maßvollen und geschickten Mann gute Aussicht auf Bewirkung. Zumal es scheint, daß die Erhebung im wesentlichen auf ihren Hauptopern beschränkt blieb und es ihr nicht gelungen ist, die Küsten fortzusetzen, die ja nach der portugiesischen Erfahrung von der Monarchie nichts Besseres zu erwarten haben als früh von der schlechtesten Republik.

#### Die Anschlussfrage Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 28. Jan. WTB. In kritischer Besprechung der Rede des Staatskanzlers Bauer mit dem Wiener Vertreter des „Berliner Tageblatt“ über die Anschlussfrage erklärt sich das „Neue Wiener Tageblatt“, welches bisher den Anschlusswünschen Bauer abhold gegenüberstand, unter der Voraussetzung mit dem Anchluss einverstanden, daß Oesterreich nicht zum Kolonialgebiet für die industrielle Ueberproduktion des deutschen Reichs werde. Das Blatt sagt zum Schluss: „Wir wollen mit dem ausstehenden Wunden Österreich nicht markieren und schließen, aber wir glauben, die Gewinnung eines Zuzuges von zehn bis neun Millionen staatsverwandter Bürger für Deutschland von solcher Bedeutung, daß es dafür schon gewisse Opfer bringen, gewisse Zugeständnisse machen und auf gewisse Vorteile verzichten kann. Auch Wien ist eine Wette wert.“

#### Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 31. Januar 1919.

#### Kriegsverluste.

Die württembergische Verlustliste Nr. 742 verzeichnet: Kaimbach Georg, Gfr. 15.1.94. Böhlingen leicht verwundet, Reitz Emil, Gfr. 23.12.88. Wüdingen leicht verwundet, Müller Adam, 2.2.83. Haffronn leicht verwundet, bei der Truppe, Schmidt Friedrich, Gfr. 20.3.98. Unterjungen in Gefangenschaft, Reppert Wilhelm, 14.12.98. Enzelsfurt in Gefangenschaft, Weber Martin, 17.3.92. Göltsheim leicht verwundet, Klinger Gottlieb, 9.11.90. Hattenbach schwer verwundet, Geyer Gabriel, 4.3.90. Unterjungen vermisst, Dengler Friedrich, 16.10.89. Wüdingen in Gefangenschaft, Lehner Christian, Gwadum, 31.10.87. Oberjungen vermisst, Rink Peter, 26.12.94. Oberjungen vermisst, Denker Christian, 22.12.87. Eßlingen leicht verwundet, Grohmann Martin, 16.9.95. Holzgraben vermisst, Groß Jakob, 13.2.97. Ruppingen vermisst, Wollenack Eugen, 19.7.95. Sögelheim vermisst, Betsch Gottlieb, 8.11.91. Eßlingen leicht verwundet, Schanz Jakob, 11.6.91. Göltsheim bisher vermisst. (V. 2. 530 in Gefangenschaft erstarben. Reppert Karl, 1.5.90. Altenfeld-Geb. gef. fallen, Büch Eugen, 7.9.99. Nagold vermisst, Schuler Jakob, 5.4.97. Göttingen leicht verwundet.

Vom hiesigen Postamt. Die vorübergehend angeordneten Beschränkungen in der Fernsprech- und Telegraphendienstzeit sind nunmehr wieder aufgehoben worden. In Nagold ist somit wieder die Postzeit bis 9 Uhr abends verlängert. Die Posthalter sind von 8.30—11.30 vorm. und von 1.30—5.30 nachm. geöffnet.

Besitzwechsel. Gottlieb Lehre, Bäcker hier, verkaufte sein Wohnhaus mit Scheuer an Jakob Graf, Metzger hier, um 29 500 M.

Meisterprüfungen. Die Handwerkskammer Neustadt veranstaltet, wie aus dem Infanterieamt unserer heutigen Nummer ersichtlich ist, nach jahrelanger Kriegspause wieder Meisterprüfungen für die jungen Handwerker, insbesondere für die vom Felde zurückgekehrten selbständigen und unselfständigen Handwerker. Wir selbst möchten nicht verfehlen, auf diese Gelegenheit hinzuweisen, denn auch unter den neuen Verhältnissen wird eher mit einem Anstieg der bestehenden Vorschriften zu rechnen sein, als etwa mit einem Abbau, insbesondere in Beziehung auf die Prüfungsanforderungen, welche durch die Abiegung der Meisterprüfung erworben wird.

#### Vorsicht bei Abtrennung von Zinscheinen.

Es ist keine Seltenheit, daß unter den gegenwärtig umlaufenden Zinscheinen von Kriegsanleihen sich Fälsche befinden, die erst am 1. April, 1. Juli 1919 oder sogar noch später, teilweise 1925 verfallen sind. Das mag teilweise davon herrühren, daß die Besitzer von Kriegsanleihen sich am falschen Ende mit der Abtrennung begnügen, teilweise vielleicht auch nur die Absicht haben, sich falsches Geld zu verschaffen. Sedenfalls lenken aber alle diese Leute Gefahr,



in S  
dige  
Zahr  
sein  
für d  
unh  
ordn  
Reich  
Nach  
notw  
kurs  
bildet  
leiden  
die  
Tuf  
diese  
Ruf  
im re  
freie  
laut  
will  
sich  
den  
lesten  
bet.  
Steu  
daß  
A in  
Sten  
als b  
aus  
den.  
Hete  
Krieg  
viele  
gut b  
der  
viele  
Käufe  
Aufst  
den.  
Krie  
Drill  
Kurs  
die  
Kand  
bring  
Käufe  
erhalte  
käufer  
die  
und  
zu  
folle  
häm  
leibe  
allein  
Zab  
giale  
hiesige  
bech  
händ  
gerich  
zur  
10  
10  
10  
200  
28  
55







### Holzverfeigerung.

Auf dem Holzlagerplatz Birkenfeld an der Linie Pforzheim-Wildbad (von Pforzheim aus mit der Straßenbahn zu erreichen) kommen am Mittwoch den 5. und Donnerstag den 6. Febr. und die folgenden Tage eine größere Anzahl Wagen Heeresholz,

in der Hauptsache 18 mm Bretter (für Kistenfabrikation passend) und Bohrenholz 8/8-20/20 (für Betonbau und Baugeschäfte passend), sowie mehrere Wagen Bohlen 30/100 mm stark, woggenweise, sowie auch in kleineren Partien, gegen sofortige Kasse (200  $\mathcal{M}$  Baranzahlung auf dem Holzlagerplatz bei jedem Zuschlag, Restzahlung sofort in Kasseanleihe oder in bar im Büro des Holzlagerplatzes), zur öffentlichen Verfeigerung.

Nähere Verkaufsbedingungen werden auf dem Holzlagerplatz bekannt gegeben.

Stuttgart, den 29. Januar 1919

Württ. Arbeitsministerium, wirtschaftstechn. Abt. g.  
Referat Holz.

### Dampf-Dresch- und Säge-Genossenschaft Haiterbach e. G. m. b. H.

#### Bilanz pro 31. Dezember 1916.

Aktiva.	M. S.	Passiva.	M. S.
Debitoren	5 166.22	Geschäftsanteil der Mitglieder	6 500.—
Gebäude	3 355.—	Referatsfonds	1 167.—
Geschäftsanteil bei der Bank	500.—	Zinsen	190.—
Inventar u. Waren	300.—	Dividende	75.—
Maschinen	5 205.—	Gehalt	75.—
Kasse	316.57	Bank	6 248.74
Vorlageld f. Eingetret.	20.—	Verbinden	325.—
		Creditoren	251.86
		Vortrag auf neue Rechnung	30.19
	14 862.79		14 862.79
Mitgliederzahl	13	Die Geschäftsanteile	
Eingetret.	0	betragen $\mathcal{M}$	6 500.—
Ausgetret.	0	Die Holsomme	
Stand am 31. Dez. 16	13	beträgt	7 800.—
<b>Vorstand:</b>		<b>Vorj. d. Aufsichtsrats:</b>	
Fr. Knorr.		Chr. Dreging.	

#### Bilanz pro 31. Dezember 1917.

Aktiva.	M. S.	Passiva.	M. S.
Debitoren	4 657.28	Geschäftsanteil der Mitglieder	6 500.—
Gebäude	3 355.—	Referatsfonds	1 167.—
Geschäftsanteil bei der Bank	500.—	Bank	5 245.14
Inventar	100.—	Creditoren	1 070.—
Maschinen	5 205.—	Gewinn	47.87
Kasse	182.54		
Vortrag von alter Rechnung	30.19		
	14 030.01		14 030.01
Mitgliederzahl	13	Die Geschäftsanteile	
Eingetret.	0	betragen $\mathcal{M}$	6 500.—
Ausgetret.	0	Die Holsomme	
Stand am 31. Dez. 17	13	beträgt	7 800.—
<b>Vorstand:</b>		<b>Vorj. d. Aufsichtsrats:</b>	
Fr. Knorr.		Chr. Dreging.	

### Wirtschaftsverkauf.



In einem kleinen evang. Städtchen im württ. Schwarzwald habe ich eine hypothekenfreie Gastwirtschaft mit dinstl. Berechtigung samt Dekorationsgebäude mit Garten besonderer Umstände halber im Auftrag zu verkaufen. Anzahlung  $\mathcal{M}$ . 10-12 000.— erforderlich. Ein tüchtiger Kanowirt wäre eine sichere Erlösequelle, in dem am Plage Elber sehr leicht zu erwerben wären.

Albert Pressburger,  
Immobilien und Hypotheken,  
Horb a. N. — Telefon 38.

Die für die

### Reichsumsatzsteuer

erforderlichen Geschäftsbücher sind zu beziehen durch  
G. W. Zaiser, Buchhandlung Nagold.

### Ein Fräulein,

das im Kleidernähen gut bewandert ist, findet Beschäftigung. Bei wem? sagt die Geschäftsstelle

Oberstheim.

Unterzeichneter hat 2 gut erhaltene

### Winter-Heberzieher

(wie zwei neue)

### Knabenanzüge

(für 13-15jährige) Friedensware zu verkaufen.  
Friedrich Ott.

### Handwerkskammer Reutlingen.

## Meisterprüfungen.

Im Laufe dieses Frühjahrs finden am 11. u. 12. der Handwerkskammer Meisterprüfungen in sämtlichen Gewerben statt. Den Prüfungen gehen nach Bedarf 12wöchige freiwillige Vorbereitungskurse in Buchführung, Kalkulation, Buchkunde, Gewerbrecht und Gesellenkunde voraus. Das Unterrichtsgeld beträgt einschließlich der Lehrmaterialien 15  $\mathcal{M}$ . Der erste Kurs beginnt voraussichtlich Ende Februar. Voraussichtlich werden aber auch von den gewerblichen Vereinigungen der einzelnen Oberamtsbezirke solche Vorbereitungskurse, die von der Handwerkskammer und der Zentralstelle für Gewerbe und Handel finanziell unterstützt werden, abgehalten. Eine Einmischung in solche Bezirkskurse bleibt vorbehalten. Anmeldungen zur Prüfung, wozu Formulare unentgeltlich von der Geschäftsstelle der Kammer bezogen werden können, sind mit Nachweis (Zeugnis oder amtliche Bescheinigung) des Bestehens der Gesellenprüfung und einer mindestens 4jährige Gesellenzeit, sowie mit der Angabe, ob ein Vorbereitungskurs besucht werden will.

spätestens bis 15. Februar 1919

an die Handwerkskammer Reutlingen einzureichen. Mit der Anmeldung ist die Prüfungsgebühr von 30  $\mathcal{M}$  und im Falle des Kursbesuchs der Betrag mit insgesamt 45  $\mathcal{M}$  einzubringen. Die Beiträge können mittels Zahlkupon auf unser Postsparkonto Nr. 847 einbezahlt werden. Die Prüfungstermine selbst können erst festgelegt werden, wenn alle Anmeldungen vorliegen.

Reutlingen, den 29. Januar 1919

### Der Vorstand der Handwerkskammer:

Vorsitzender: R. Bollmer. Syndikus: K. Hermann.

Nagold.

### Geschäfts-Empfehlung.

Der Einwohnerschaft von Nagold und Umgebung zur Kenntnis, daß ich die

**Mezzerei**

von Herrn Jakob Graf käuflich erworben habe.

Es wird mein Bestreben sein, eine wertere Kundschaft prompt und reell zu bedienen und bitte, das meinem Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

**Karl Rauser,**  
Metzgermeister.

Annahme der Bestellscheine ab 1. Februar.  
Eröffnung am 8. Februar 1919.

### Gesucht

für sofort oder später ein zu allen Arbeiten williges

## Mädchen

für Küchen- u. Hausarbeiten. Lohn 35  $\mathcal{M}$  pro Monat. Gute Behandlung gewährleistet.

Gasthof und Pension  
„Hirsch“  
Siebenzell.

Ein aus der Schule entlassenes

## Mädchen,

das zu Hause schlafen kann, wird sofort gesucht.  
Wer? sagt die Expedition  
No. 21.

### Kaffee-Ersatz

## Petra

das Pfund 80 Pfg.  
empfiehlt  
Christian Schwarz.

## Ich habe mich in Nagold als prakt. Arzt niedergelassen

und übe ab 1. Februar Praxis aus.

Sprechzimmer: Gasth. z. „Röble“, 2 Treppen.

Sprechstunde: Werktags von 10 $\frac{1}{2}$  Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm.

Privatwohnung: Kaufmann H. Knodel.

## Dr. med. Beck,

prakt. Arzt.

### Nagold. Die jährliche Bezirks-Missions-Konferenz

findet Sonntag, den 2. Febr. nachm. 2 Uhr im hiesigen Vereinshaus statt.

Es werden referieren:

Missionsinspektor Würg-Basel über äußere Mission.  
Pfarrer Frig von der Evang. Gesellschaft, Stuttgart über innere Mission.

Zur Teilnahme wird herzlich eingeladen.

Nagold, 28. Jan. 1919. Dekan Pfeiderer.

### Bereinigung der Kriegsteilnehmer

Nagold.

#### 1. Mitgliederversammlung

in der „Traube“ am Samstag den 1. Februar d. J. abends 8 Uhr.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über den Anschlag an einem Beband.
2. Statutenberatung.
3. Die Kriegsgelangenensfrage.
4. Die hiesigen Wohnungsverhältnisse.
5. Wahlen. Anträge. Beschlüsse.

Zahlreiche Erscheinen der Mitglieder, etw. Schl. der Kriegerteilnehmer, ist wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung dringend wünschenswert.

Der Vorstand.

### Kola-Lecithin-Tabletten

herausragendes  
Nervenstärkungsmittel  
große Schachtel 100 Tabl.  $\mathcal{M}$  2.50  
kleine „ 21 „  $\mathcal{M}$  1.—

Salmiatpastillen  $\mathcal{M}$  .60

empfehlen

Geschw. Frey, Nagold,  
Bahnhofstr. 50

### Für Brautleute!

2 neue  
Matrassen

zu verkaufen.  
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

### Reichswahlgesetz

vom 30. Nov. 1918.

Legt-Ausgabe mit Erläuterungen.

Der Vorzug dieser Ausgabe beruht bei sorgfältigster Wiedergabe des amtlichen Textes und der Formulare, auf den beigegebenen erläuternden Beispielen und einem ausführlichen Sachregister, die das Gesetz zugleich erläutern. Zum Preis von 85  $\mathcal{M}$  vorrätig bei  
G. W. Zaiser, Buchhdlg.  
Nagold.

Der lieben Liesel  
B. zu ihrem heutigen  
Wiegenfeste ein  
dreifaches donnerndes  
Hoch,  
daß es in der Dorf-  
straße 50 knallt, in  
dem Kugelwasen  
widerhallt und im  
Bierkeller verknallt.

Des G'späßle  
kost a Fäble.  
Vizewachtmeister I.

### Ringe Damen und Herrn

wenden sich in  
Heiratsangelegenheiten  
an  
Frau Josefine Hofmann,  
Stuttgart, Hackstr. 161.  
Prima Ref. Telefon 6327.

Nagold.

## Zwiebel

sind in jedem Quantum zu haben bei  
Hermann Knodel.